

Bundesgesetzblatt ⁸⁸¹

Teil II

G 1998

1998

Ausgegeben zu Bonn am 14. Mai 1998

Nr. 16

Tag	Inhalt	Seite
5. 5. 98	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Februar 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kuba über die Seeschifffahrt GESTA: XJ034	882
24. 4. 98	Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Scheinwerfer für Kraftfahrzeuge und ihnen gleichgestellte Fahrzeuge (Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57)	889
28. 4. 98	Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Luftreifen für Kraftfahrzeuge und Mopeds (Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75)	890
23. 3. 98	Bekanntmachung der deutsch-äthiopischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	891
23. 3. 98	Bekanntmachung der deutsch-äthiopischen Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit	892
24. 3. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-maltesischen Abkommens über den Luftverkehr	895
30. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	895
30. 3. 98	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen	896
30. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	897
30. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Protokolle hierzu	898
30. 3. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Karibischen Entwicklungsbank	902
6. 4. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-südafrikanischen Investitionsförderungsvertrags	903
6. 4. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris	903
6. 4. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates sowie des Zusatzprotokolls hierzu	904

Die

a) Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57 und

b) Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75

werden jeweils als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II werden die Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 29. Februar 1996
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kuba
über die Seeschifffahrt**

Vom 5. Mai 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Havanna am 29. Februar 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kuba über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 5. Mai 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kuba
über die Seeschifffahrt

Convenio
entre el Gobierno de la República de Cuba
y el Gobierno de la República Federal de Alemania
sobre transporte marítimo

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kuba –

El Gobierno de la República de Cuba
y
el Gobierno de la República Federal de Alemania;

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-
fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kuba, die sich auf das beiderseitige Interesse
dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu
gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf die-
sem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von
einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden
soll –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnet

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministe-
rium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Kuba das Transportministerium und die
ihm nachgeordneten Institutionen;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das
nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flag-
ge führt und nach ihren Gesetzen in ein Register eingetragen
ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fische-
reifahrzeuge. Als „Schiff einer Vertragspartei“ gilt auch jedes
Schiff unter der Flagge eines Drittstaats, das von einem See-
schiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt
wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspar-
tei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen,
das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei
hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als
„Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede
weitere Person, die während der Reise Aufgaben oder Dien-
ste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der
Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, den Seeverkehr zwi-
schen ihren beiden Ländern über den Einsatz von Schiffen der
Vertragsparteien abzuwickeln, ohne daß dadurch das Recht von
Schiffen unter der Flagge eines Drittstaats auf Beteiligung an
diesem Verkehr eingeschränkt wird.

Deseosos de promover el desarrollo armonioso de las relacio-
nes marítimas entre ambos países sobre la base de los intereses
recíprocos y de la libertad del comercio internacional, y de
impulsar lo más posible la cooperación internacional en esta
esfera;

Conscientes de que el intercambio bilateral de mercancías
entre sus dos países deberá acompañarse de un eficaz inter-
cambio de servicios;

Han convenido lo siguiente:

Artículo I

Definiciones

A los efectos del presente Convenio, el término

1. “Autoridad marítima competente” significa:
 - a) en la República de Cuba el Ministerio del Transporte y las
entidades que se le subordinan.
 - b) en la República Federal de Alemania, el Ministerio Federal
de Transportes y sus autoridades subordinadas.
2. “Buques de las Partes” son todos los buques que enarbolan
el pabellón de una de las Partes Contratantes y estén re-
gistrados según sus leyes y en sus puertos. Esta definición
no se extiende a los buques de guerra ni de pesca. Los
buques que anarbolan el pabellón de un tercer Estado y
estén contratados por una empresa naviera de una de las
Partes Contratantes se considerarán también como buques
de las Partes.
3. “Compañía naviera de una Parte Contratante” significa una
empresa de transporte que emplea buques para la navega-
ción, está radicada en el territorio de esa Parte Contratante y
que, de acuerdo a las disposiciones legales de la misma, está
reconocida como “empresa naviera”.
4. “Tripulante” significa el capitán y toda persona que durante
la travesía desempeñe tareas o preste servicios a bordo del
buque y cuyo nombre aparezca en el rol de tripulantes.

Artículo II

Libertad del Tráfico

1. Las Partes Contratantes acuerdan desarrollar el tráfico
marítimo entre ambos países mediante la utilización de los
buques de las Partes, sin que ello limite el derecho de los buques
que enarbolan terceros pabellones a participar en dicho tráfico.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittstaaten zu befördern.

(3) Seeschiffsunternehmen aus Drittstaaten sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen. Die von Seeschiffsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen läßt die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben, unter anderem die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ergeben, unberührt.

(2) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, insbesondere die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über die Sicherheit in der Seeschifffahrt und über den Schutz der Meeresumwelt nach ihren Möglichkeiten zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung von Seeschiffsunternehmen

Jede Vertragspartei unterläßt im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Wahl eines Seeschiffsunternehmens entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen betreffend Häfen und Hoheitsgewässer

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterstehenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu den Häfen, während des Aufenthalts in den Häfen und beim Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsunternehmen beider Vertragsparteien auf Niederlassung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. Die Zulassung und der Umfang ihrer Tätigkeit bestimmt sich nach den im Hoheitsgebiet der Vertragspartei der Niederlassung geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften.

Artikel 6

Geldüberweisungen

Jede Vertragspartei räumt den Seeschiffsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht ein, jede Einnahme aus den im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei erbrachten Seeverkehrsleistungen für Zahlungen zu verwenden, die im Zusammenhang mit den Seeverkehrsaktivitäten stehen, oder aber die Einkünfte in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der schnellstmöglichen Frist vorgenommen werden.

2. Los buques de cada Parte Contratante estarán autorizados a navegar entre los puertos de ambas Partes que estén abiertos al comercio marítimo internacional, a fin de transportar mercancías y pasajeros entre esos puertos, así como entre esos puertos y los puertos de terceros países.

3. Las empresas navieras registradas en un tercer Estado y los buques que enarbolan el pabellón de un tercer Estado podrán participar, sin restricción alguna, en el transporte de mercancías intercambiadas en el comercio bilateral de las Partes Contratantes. Los buques fletados por empresas navieras de cualquiera de las Partes Contratantes disfrutarán de los mismos beneficios que tendrían si navegasen bajo el pabellón de una de las Partes Contratantes.

Artículo III

Compromisos internacionales

1. El presente Acuerdo no afectará ningún compromiso derivado de otros acuerdos internacionales que cualquiera de las Partes haya firmado, entre ellos los derivados de la pertenencia de la República Federal de Alemania a la Unión Europea.

2. Ambas Partes Contratantes se esforzarán en ratificar, según sus posibilidades, los convenios internacionales pertinentes en materia de seguridad marítima, protección del medio marino y otros.

Artículo IV

No discriminación de las Empresas Navieras

Cada Parte Contratante se abstendrá de practicar medidas discriminatorias en el tráfico marítimo internacional que pudieran ocasionar perjuicios a los intereses marítimos de la otra Parte o que pudieran afectar de forma adversa la libre selección de las empresas navieras, en contra de los principios de la libre competencia.

Artículo V

Regulaciones Legales en los Puertos y Aguas Jurisdiccionales

1. En condiciones de reciprocidad, cada Parte Contratante concederá a los buques de la otra Parte el mismo tratamiento en sus puertos y aguas jurisdiccionales que el ofrecido a sus propios buques que operan en el tráfico internacional, especialmente en lo que respecta a la entrada, permanencia y salida de los puertos, al uso de las instalaciones portuarias para el transporte de mercancías y pasajeros, así como en lo que respecta a todos los servicios y otras facilidades.

2. La reciprocidad mencionada en el párrafo anterior se extiende también al derecho de las empresas navieras de ambas Partes Contratantes a establecer una representación en el territorio de la otra Parte. Su admisión y el alcance de su actividad se determina según las leyes y demás disposiciones vigentes en el territorio de la Parte Contratante donde se establezca la representación.

Artículo VI

Transferencia de fondos

Cada Parte Contratante concederá a las empresas navieras de la otra Parte el derecho de utilizar cualquier ingreso proveniente de los servicios marítimos brindados en el territorio de la primera Parte Contratante para los pagos relacionados con actividades marítimas o bien de transferir los ingresos al extranjero en moneda convertible sobre la base de la tasa oficial de cambio y dentro del plazo de tiempo más breve posible.

Artikel 7**Vom Anwendungsbereich dieses
Abkommens ausgeschlossene Bereiche**

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffahrts- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschießen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- d) Meeresforschungsaktivitäten;
- e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8**Beachtung der Rechtsvorschriften
der anderen Vertragspartei
in deren Hoheitsgebiet**

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie die Schiffe der Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften. Dies gilt insbesondere für die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(2) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie die Einfuhr, die Ausfuhr und die Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgang, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne einhalten.

Artikel 9**Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs**

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener Entsorgungseinrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10**Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen
und sonstigen Schiffspapieren**

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkommen ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen gültigen amtlich ausgestellten internationalen Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafengebühren werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artículo VII**Extensiones del Convenio**

El presente Convenio no afectará las disposiciones legales vigentes de cada Parte Contratante sobre:

- a) el privilegio del pabellón nacional relacionado con la navegación de cabotaje, salvamento, remolque, practica y otros servicios que están reservados para las empresas navieras nacionales de la Parte Contratante, así como a otras empresas y a sus ciudadanos; no obstante, no se considerará cabotaje la navegación de un buque de una Parte Contratante entre puertos de la otra Parte, con el objetivo de descargar mercancías y desembarcar pasajeros tomados en un tercer país o de cargar mercancías y embarcar pasajeros para transportarlos hacia un tercer país;
- b) la obligación de llevar práctico a bordo;
- c) buques que realicen funciones de servicio público;
- d) las actividades de investigación marina;
- e) el privilegio de realizar levantamientos hidrográficos en las aguas jurisdiccionales.

Artículo VIII**Cumplimiento de las normas legales
en las aguas jurisdiccionales
de la otra Parte Contratante**

1. Los buques de cada Parte Contratante, así como los buques de sus empresas navieras estarán sujetos a las leyes y disposiciones legales en vigor de la otra Parte Contratante mientras permanezcan en su territorio. Esto se aplica especialmente a las leyes y demás disposiciones legales en materia de entrada y salida del territorio de la mencionada Parte de los buques empleados en el tráfico marítimo internacional y con la explotación y navegación de tales buques.

2. Los pasajeros, tripulantes de los buques y los expedidores de carga estarán obligados a observar las leyes y demás disposiciones legales vigentes en el territorio de cualquiera de las Partes Contratantes con respecto a la entrada, permanencia y partida de pasajeros y tripulantes, la importación, exportación y almacenamiento de mercancías, especialmente lo dispuesto para los permisos en tierra, la inmigración, la aduana, los impuestos y la cuarentena.

Artículo IX**Medidas para facilitar el tráfico marítimo**

De acuerdo con sus leyes y normas portuarias, las Partes Contratantes tomarán todas las medidas necesarias para facilitar y fomentar las transportaciones, evitar la prolongación innecesaria de los tiempos de estadia y agilizar y simplificar, de ser posible, los trámites de aduana y demás formalidades que deben observarse en los puertos, así como facilitar el uso de las instalaciones portuarias.

Artículo X**Reconocimiento mutuo de los certificados
de arqueo y otros documentos del buque**

1. Los documentos de los buques expedidos o reconocidos por una Parte Contratante, de conformidad con los convenios internacionales vigentes que se encuentren a bordo de un buque de dicha Parte, serán reconocidos asimismo por la otra Parte Contratante.

2. Los buques en posesión de un certificado de arqueo internacional, válido y expedido oficialmente por una Parte Contratante, estarán exentos de un nuevo arqueo en los puertos de la otra Parte. El cálculo de las tasas portuarias y de navegación se efectuará sobre la base de dicha documentación.

Artikel 11**Reisedokumente für Besatzungsmitglieder**

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Republik Kuba der Seemannspaß.

(3) Für Besatzungsmitglieder aus Drittländern, die an Bord von Schiffen jeder Vertragspartei arbeiten, werden als Reisedokumente die von zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten betreffenden Dokumente anerkannt, sofern sie den innerstaatlichen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei für die Anerkennung als Paß oder Paßersatzpapier genügen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur formlosen Rückübernahme von Besatzungsmitgliedern, die mit einem von ihnen ausgestellten Reisedokument im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

(5) Die von einer Vertragspartei nach Inkrafttreten dieses Vertrages eingeführten Reisedokumente für Besatzungsmitglieder werden von der anderen Vertragspartei durch Notifikation anerkannt, sofern sie den internationalen Anforderungen für die Anerkennung als Reisedokumente genügen.

Artikel 12**Einreise, Durchreise und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern**

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafens aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Kuba ein Landgangsausweis.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf unter Beachtung der im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung;
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund.

(3) Eine gegebenenfalls erforderliche Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(5) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

Artículo XI**Documentos de viaje de los tripulantes**

1. Cada Parte Contratante reconocerá los documentos de viaje expedidos por las autoridades competentes de la otra Parte y concederán a los portadores de esos documentos los derechos previstos en el artículo 12 del presente Convenio.

2. Los documentos de viaje serán:

- en relación con la República de Cuba: el pasaporte del marino.
- en relación con la República Federal de Alemania: el pasaporte o el libro del marino.

3. En el caso de los tripulantes de terceros Estados que trabajen a bordo de buques de las Partes Contratantes, se reconocerán como documento de viaje, aquellos expedidos por las autoridades competentes de ese tercer Estado de que se trate, siempre y cuando cumplan las disposiciones de la Parte en cuestión a efectos de su reconocimiento como pasaportes o documentos sustitutivos de pasaportes.

4. Las Partes Contratantes se comprometen a readmitir sin formalidades a aquellos tripulantes que hayan entrado al territorio de la otra Parte provistos de un documento de viaje, expedido de conformidad con el párrafo 1 del presente artículo.

5. Los documentos de viaje de los tripulantes, introducidos por una de las Partes Contratantes con posterioridad a la entrada en vigor del presente Convenio, serán reconocidos por la otra Parte, mediante notificación, siempre y cuando los mismos cumplan con los requisitos establecidos internacionalmente para ellos.

Artículo XII**Entrada, tránsito y estancia de los tripulantes**

1. Cada Parte Contratante permitirá a los tripulantes de un buque de la otra Parte que sean portadores de uno de los documentos de viaje especificados en el artículo 11 del presente Convenio, bajar a tierra y permanecer en la ciudad portuaria durante la estancia del buque en uno de sus puertos sin requerir el permiso de estancia previo a la entrada (visa) de acuerdo a las leyes y demás disposiciones vigentes en el país de estancia. En estos casos se requerirá:

- en la República de Cuba un permiso en tierra
- en la República Federal de Alemania un permiso en tierra.

2. Todo tripulante que esté en posesión de uno de los documentos de viaje especificados en el artículo 11 del presente Convenio, estará autorizado a recorrer en tránsito el territorio de la otra Parte Contratante, de acuerdo con las disposiciones vigentes en la misma en materia de entrada, permanencia y salida:

- a efectos de su repatriación;
- para subir a bordo de su buque o de otro buque, o
- por cualquier otra razón fundada que estimen las autoridades competentes de la otra Parte Contratante.

3. En caso de ser necesario un permiso de estancia antes del viaje (visa), éste deberá otorgarse en el plazo de tiempo más breve posible.

4. Las autoridades competentes de cada Parte Contratante permitirán que un tripulante que haya sido hospitalizado en el territorio de la otra Parte permanezca en el mismo el tiempo necesario para su tratamiento.

5. Ambas Partes Contratantes se reservan el derecho a rechazar la entrada de personas indeseables a sus respectivos territorios, aún cuando esas personas porten documentos de viaje de conformidad con el artículo 11 del presente Convenio.

(6) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(7) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Wenn ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Unfall erleidet, bei dem es sinkt oder sonst zu Schaden kommt, gewähren die Behörden der anderen Vertragspartei den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Absatz 1 genannten Vorkommnisse werden von den dazu befugten Behörden jeder Vertragspartei untersucht. Die Untersuchungsergebnisse werden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt. Das Eigentum an Schiff und Ladung bleibt unberührt; dies gilt auch, wenn die zuständigen Behörden die Entfernung von Schiff und Ladung verfügen.

(2) Jede Vertragspartei sieht, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrabgaben einschließlich Verbrauchssteuern ab, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden. Die zuständige Zollstelle ist unverzüglich von dem Unfall zu unterrichten; die Voraussetzungen für die einfuhrabgabenfreie vorübergehende Verwahrung der Waren sind abzusprechen.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischter Seeschiffahrtsausschuß und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß gebildet, der aus den Vertretern der zuständigen Seeschiffahrtsbehörden und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien auf dem Gebiet der Seeschifffahrt;
- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien beschäftigt sind;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Der Gemischte Seeschiffahrtsausschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

6. El personal de misiones diplomáticas y de las oficinas consulares de una Parte Contratante, así como los tripulantes de los buques de esta Parte, estarán autorizados a establecer contactos entre ellos y a reunirse, observando las leyes y demás disposiciones legales vigentes en el país de estancia.

7. Sin perjuicio de las disposiciones precedentes, las normas vigentes de las Partes Contratantes en materia de entrada, estancia y salida de extranjeros permanecerán inalterables.

Artículo XIII

Accidentes en el mar

1. Si un buque de una de las Partes Contratantes sufre un accidente en aguas jurisdiccionales de la otra Parte, y como resultado del cual se hunda o sufra otros daños, las autoridades de la otra Parte prestarán a los tripulantes, pasajeros, al propio buque y a su carga la misma protección y socorro que a los buques con pabellón de su país.

Los accidentes a que se refiere el párrafo 1, serán investigados por las autoridades competentes de cada Parte. Los resultados de la investigación realizada, se comunicarán lo antes posible a la otra Parte Contratante.

El derecho de propiedad sobre el buque y la carga quedará a salvo incluso en el supuesto de que las autoridades competentes dispongan la remoción del buque y la carga.

2. Las Partes Contratantes no recaudarán los derechos de entrada, impuestos u otros derechos sobre la carga, los equipos, materiales, provisiones u otras pertenencias, en caso de un buque que haya sufrido un accidente o avería, a menos que estos artículos se utilicen o sean entregados al consumo en el territorio de la otra Parte Contratante. Se informará inmediatamente a las autoridades aduanales correspondientes sobre el accidente. Las condiciones de almacenaje provisional de las mercancías libre de derechos de entrada serán acordadas.

3. Lo dispuesto en el párrafo dos (2) no obstaculizará la aplicación de las leyes y demás disposiciones legales de las Partes Contratantes en materia de almacenamiento temporal de mercancías.

Artículo XIV

Comisión Marítima Mixta y Consultas

1. A los efectos de garantizar la aplicación eficaz del presente Convenio, se establecerá una Comisión Marítima Mixta compuesta por representantes de las administraciones marítimas y los expertos designados por las Partes Contratantes.

2. La Comisión analizará todas las cuestiones de común interés para ambas Partes, en particular las relacionadas con:

- la garantía de cooperación entre las Partes Contratantes en la esfera del transporte marítimo;
- las actividades de las empresas navieras y los buques de cada Parte Contratante que se empleen en el tráfico marítimo entre los territorios de las Partes Contratantes;
- la observancia de todas las condiciones correspondientes a la correcta ejecución del tráfico marítimo por parte de las empresas navieras de cada Parte Contratante;
- consultas bilaterales entre las empresas navieras y las autoridades marítimas de las Partes Contratantes;
- la solución amigable de discrepancias incluidas aquellas que surjan de la interpretación del presente Convenio.

3. La Comisión Marítima Mixta se reunirá a solicitud de una de las Partes a más tardar tres meses después de presentada la misma.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffsverkehrsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschifffahrt verbundenen Einrichtungen beider Länder, alle nur möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen, wie

- der Schiffsicherheit,
 - des maritimen Umweltschutzes,
 - der Klassifikation,
 - der Technologie des Warenumschlags,
 - der Seezeichen, der Seekarten und der Navigationshilfen,
 - anderer Projekte, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Erhöhung der Effizienz der Häfen stehen,
- zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 17

Geltungsdauer

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Danach verlängert es sich stillschweigend um jeweils ein weiteres Jahr.

Artikel 18

Kündigung

Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird 6 Monate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam.

Geschehen zu Havanna am 29. Februar 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

4. Las Partes Contratantes se comprometen a observar los principios de beneficio mutuo y de tratamiento no discriminatorio de las empresas y buques de cada Parte Contratante.

Artículo XV

Colaboración técnica

Las Partes Contratantes alentarán a los armadores y a las instituciones de cada país que estén relacionadas con el tráfico marítimo a buscar y desarrollar todas las formas de colaboración posibles, especialmente en lo relativo al adiestramiento de expertos y a cuestiones técnicas, tales como:

- seguridad marítima;
- protección del medio marino;
- actividades de clasificación;
- tecnología de trasbordo de carga;
- cartografía, señalización marítima y ayuda a la navegación;
- otros proyectos que redunden directamente en la elevación de la eficiencia marítimo-portuaria.

Artículo XVI

Entrada en vigor

El presente Convenio entrará en vigor en la fecha que ambas Partes Contratantes se notifiquen mutuamente que se han cumplido los requisitos internos en sus países para ello. La fecha de recepción de la última de las dos notificaciones se considerará como la fecha oficial de entrada en vigor de este Convenio.

Artículo XVII

Vigencia del Convenio

El presente Convenio se concerta por un período de cinco (5) años. Se prorrogará tácitamente por períodos sucesivos de un año.

Artículo XVIII

Denuncia del Convenio

El presente Convenio podrá ser denunciado mediante notificación escrita por cualquiera de las Partes, la que surtirá efecto transcurridos seis meses a partir de la fecha en que sea recibida por la otra Parte.

Dado en La Habana, a 29 de febrero de 1996, en dos ejemplares en idioma español y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República de Alemania

Dr. Georg Trefftz

Für die Regierung der Republik Kuba
Por el Gobierno de la República de Cuba
Joaquin Benavides Rodriguez

Verordnung
zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung
der Scheinwerfer für Krafträder und ihnen gleichgestellte Fahrzeuge
(Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57)

Vom 24. April 1998

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Scheinwerfer für Krafträder und ihnen gleichgestellte Fahrzeuge wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Revision wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht.*)

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 10. März 1995 in Kraft.
- (2) Die ECE-Regelung Nr. 57 (BGBl. 1986 II S. 1012), zuletzt geändert durch die Änderungen 1 und 2 (BGBl. 1995 II S. 226), ist am 10. März 1995 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft getreten.
- (3) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 24. April 1998

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Die Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 57 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Verordnung
zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung
der Luftreifen für Krafträder und Mopeds
(Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75)**

Vom 28. April 1998

Auf Grund des Artikels 2 Satz 1 des Gesetzes vom 20. Mai 1997 zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1997 II S. 998) verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 12 der Revision 2 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Luftreifen für Krafträder und Mopeds wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Revision wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht. *)

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 23. Februar 1997 in Kraft.
- (2) Die ECE-Regelung Nr. 75 (BGBl. 1992 II S. 184) ist am 23. Februar 1997 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft getreten.
- (3) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 28. April 1998

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Die Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 75 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung
der deutsch-äthiopischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. März 1998

Die in Addis Abeba durch Notenwechsel vom 19. Februar 1998 getroffene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien über Finanzielle Zusammenarbeit ist

am 19. Februar 1998

in Kraft getreten; nachstehend wird die deutsche Einleitungsnote veröffentlicht.

Bonn, den 23. März 1998

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Addis Abeba, den 19. Februar 1998

Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Ziffer 3.3.2 Buchstabe c des Protokolls vom 8. Dezember 1995 über die Verhandlungen zwischen unseren beiden Regierungen über Entwicklungszusammenarbeit sowie auf Ziffer 3.4 des Protokolls vom 10. Oktober 1997 über die Verhandlungen zwischen unseren beiden Regierungen über Entwicklungszusammenarbeit folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Das im Abkommen vom 20. Oktober 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Übergangsregierung von Äthiopien über Finanzielle Zusammenarbeit vereinbarte Vorhaben „Mugher Cement Factory“ wird zu einem Betrag in Höhe von 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark) durch das Vorhaben „Straße Addis Abeba – Gedo, Phase I“ ersetzt, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt ist.
2. Das im Abkommen vom 20. Oktober 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Übergangsregierung von Äthiopien über Finanzielle Zusammenarbeit vereinbarte Vorhaben „LKW für die Relief Rehabilitation Commission (RRC)“ wird zu einem Betrag in Höhe von 3 566 842,19 DM (in Worten: drei Millionen fünfhundertsechszigtausendachthundertzweiundvierzig Deutsche Mark und neunzehn Pfennige) durch das Vorhaben „Straße Addis Abeba – Gedo, Phase I“ ersetzt, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt ist.
3. Das im Abkommen vom 19. Januar 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Übergangsregierung von Äthiopien über Finanzielle Zusammenarbeit vereinbarte Vorhaben „Sektorbezogenes Importprogramm Privatindustrie II“ wird zu einem Betrag in Höhe von 6 433 157,81 DM (in Worten: sechs Millionen vierhundertdreiunddreißigtausendeinhundertsiebenundfünfzig Deutsche Mark und einundachtzig Pfennige) durch das Vorhaben „Straße Addis Abeba – Gedo, Phase I“ ersetzt, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt ist.

4. Das im Abkommen vom 19. Januar 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Übergangsregierung von Äthiopien über Finanzielle Zusammenarbeit vereinbarte Vorhaben „Sektorbezogenes Importprogramm Privatindustrie II“ wird zu einem Betrag in Höhe von 3 134 970,09 DM (in Worten: drei Millionen einhundertvierunddreißigtausendneuhundertsiebzig Deutsche Mark und neun Pfennige) durch das Vorhaben „Straße Addis Abeba – Gedo, Phase II“ ersetzt, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt ist.
5. Im übrigen gelten die Bestimmungen der in den Ziffern 1 bis 4 genannten Abkommen vom 19. Januar 1993 und 20. Oktober 1993 auch für diese Vereinbarung.
6. Diese Vereinbarung wird in deutscher und in englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Falls sich die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien mit den unter den Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Wiltrud Holik

Seiner Exzellenz
dem Vize-Minister für wirtschaftliche
Entwicklung und Zusammenarbeit
Dr. Mulato Teshome
Addis Abeba

**Bekanntmachung
der deutsch-äthiopischen Abkommen
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. März 1998

Die in Addis Abeba am 19. Februar 1998 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien über Finanzielle Zusammenarbeit sind nach ihren Artikeln 5

am 19. Februar 1998

in Kraft getreten; sie werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. März 1998

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Rehabilitierung der Straße Addis Abeba – Gedo – Phase I –“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Äthiopien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba vom 18. November 1988 und Nr. 3.3.1 des Ergebnisprotokolls der deutsch-äthiopischen Regierungsverhandlungen vom 12. Oktober 1995 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien, durch Umprogrammierung der Sonderzusage vom 18. November 1988 für Maßnahmen zur Walderhaltung von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Rehabilitierung der Straße Addis Abeba – Gedo – Phase I –“ einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu insgesamt 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 angeführ-

ten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag abgeschlossen wird.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien erhoben werden können.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Addis Abeba am 19. Februar 1998 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Wiltrud Holik

Für die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien
Dr. Mulato Teshome

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Rehabilitierung der Straße Addis Abeba – Gedo – Phase II –“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Ergebnisprotokoll der deutsch-äthiopischen Regierungsverhandlungen vom 10. Oktober 1997 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Rehabilitierung der Straße Addis Abeba – Gedo – Phase II –“ einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu insgesamt 25 000 000,- DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 angeführten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag abgeschlossen wird. Für den in Artikel 1 genannten Betrag endet diese Frist mit Ablauf des Jahres 2005.

Artikel 3

Die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien erhoben werden können.

Artikel 4

Die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Addis Abeba am 19. Februar 1998 in zwei
 Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei
 jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 Wiltrud Holik

Für die Regierung der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien
 Dr. Mulato Teshome

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-maltesischen Abkommens
über den Luftverkehr**

Vom 24. März 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1996 zu dem Abkommen vom 9. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Malta über den Luftverkehr (BGBl. 1996 II S. 1162) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 21

am 17. März 1997

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 24. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum**

Vom 30. März 1998

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum, geändert am 2. Oktober 1979 (BGBl. 1970 II S. 293, 295; 1984 II S. 799; 1985 II S. 975), wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Botsuana am 15. April 1998

São Tomé und Príncipe am 12. Mai 1998

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Januar 1998 (BGBl. II S. 112).

Bonn, den 30. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften
über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen**

Vom 30. März 1998

I.

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. Juli 1997 zu dem Übereinkommen vom 13. November 1991 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen (BGBl. 1997 II S. 1350) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 21 Abs. 3 für Deutschland im Verhältnis zu den

Niederlanden (für das Königreich in Europa)

mit Wirkung vom 9. Dezember 1997 Anwendung findet.

II.

Deutschland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Vorbehalte und Erklärungen abgegeben:

„Zu Artikel 5:

Die Bundesrepublik Deutschland wird der Übertragung der Vollstreckung einer Verurteilung nicht zustimmen, wenn der Aufwand und die Kosten, die im Fall der Erledigung des Ersuchens zu erwarten sind, außer Verhältnis zu seinem Gegenstand stehen und die Erledigung daher geeignet ist, wesentliche deutsche Interessen zu beeinträchtigen. Eine solche Beeinträchtigung wird angenommen, wenn sich das Ersuchen auf die Vollstreckung einer den Betrag von 200,- DM nicht übersteigenden Geldstrafe oder -buße bezieht. Die Bundesregierung behält sich jedoch vor, den Grenzbetrag etwa inflationsbedingt anzuheben oder zu reduzieren, z.B. weil der Verwaltungsaufwand für die Erledigung von Ersuchen durch bilaterale Vereinbarungen über die Zulässigkeit des unmittelbaren Geschäftsweges zwischen den Justizbehörden gesenkt werden kann.

Zu Artikel 6 Abs. 1:

Justizministerien im Sinne des Übereinkommens sind für die Bundesrepublik Deutschland der Bundesminister der Justiz und die Justizminister/-senatoren der Länder.

Zu Artikel 6 Abs. 5:

In den in den Absätzen 3 und 4 vorgesehenen Fällen ist die Übermittlung einer Abschrift der dort genannten Schriftstücke an das Justizministerium nicht erforderlich.

Zu Artikel 8 Abs. 3:

Die Bundesrepublik Deutschland wird die Vollstreckung von Sanktionen nur unter der Voraussetzung annehmen, daß ein deutsches Gericht das im Urteilsstaat ergangene Urteil für vollstreckbar erklärt hat. Für die Prüfung, ob die Voraussetzungen für die Übernahme der Vollstreckung erfüllt sind, legt das Gericht die im Urteil enthaltenen Tatsachenfeststellungen und rechtlichen Schlußfolgerungen zugrunde.

Zu Artikel 13 Abs. 1:

Im Hinblick auf die föderative Struktur der Bundesrepublik Deutschland und die Zuständigkeit der Bundesländer für Gnadenentscheidungen behält sich die Bundesrepublik Deutschland vor, die Übertragung der Vollstreckung von Urteilen auf einen anderen Mitgliedstaat nach Maßgabe des Übereinkommens mit der Bedingung zu verbinden, daß aufgrund einer allgemeinen oder einzelfallbezogenen Erklärung des Vollstreckungsstaates ein Gnadenrweis im Vollstreckungsstaat nur im Einvernehmen mit dem deutschen Gnaden-träger erfolgt.

Zu Artikel 18:

Sofern das Vollstreckungsersuchen und die beizubringenden Unterlagen nicht in deutscher Sprache abgefaßt sind, müssen Übersetzungen des Ersuchens und der Unterlagen in deutscher Sprache beigelegt werden.

Zu Artikel 21 Abs. 3:

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt gemäß Artikel 21 Abs. 3, daß das Übereinkommen auf die Bundesrepublik Deutschland in ihren Beziehungen zu den Mitgliedstaaten, die ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt haben, ab dem 90. Tag nach der Hinterlegung der Erklärung Anwendung findet.“

III.

Die Niederlande haben bei Hinterlegung der Annahmeerkunde folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„In overeenstemming met artikel 21, derde lid, van het Verdrag wordt het Verdrag toepasselijk verklaard in de verhoudingen van het Koninkrijk der Nederlanden (het Rijk in Europa) tot andere Lid-Staten die een soortgelijke verklaring hebben afgelegd.

In overeenstemming met artikel 18 van het Verdrag behoudt het Koninkrijk der Nederlanden (het Rijk in Europa) zich het recht voor te verlangen dat de in artikel 7 van het Verdrag genoemde relevante stukken worden vertaald in het Nederlands.“

„Im Einklang mit Artikel 21 Absatz 3 des Übereinkommens wird das Übereinkommen auf die Beziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande (dem Königreich in Europa) und den Mitgliedstaaten, die eine ähnliche Erklärung abgegeben haben, für anwendbar erklärt.

Im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens behält sich das Königreich der Niederlande (das Königreich in Europa) das Recht vor zu verlangen, daß die in Artikel 7 genannten einschlägigen Unterlagen ins Niederländische übersetzt werden.“

Bonn, den 30. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Errichtung
des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung**

Vom 30. März 1998

Trinidad und Tobago hat am 26. September 1997 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Rücknahme seiner am 27. März 1997 erklärten Kündigung des Übereinkommens vom 13. Juni 1976 zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (BGBl. 1978 II S. 1405) notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Juli 1997 (BGBl. II S. 1463).

Bonn, den 30. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
sowie der Protokolle hierzu**

Vom 30. März 1998

I.

Die Europaratskonvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953), ergänzt durch das Protokoll Nr. 2 vom 6. Mai 1963 (BGBl. 1968 II S. 1111, 1112), ist in ihrer durch das Protokoll Nr. 3 vom 6. Mai 1963 (BGBl. 1968 II S. 1111, 1116), durch das Protokoll Nr. 5 vom 20. Januar 1966 (BGBl. 1968 II S. 1111, 1120) und durch das Protokoll Nr. 8 vom 19. März 1985 (BGBl. 1989 II S. 546, 547) geänderten Fassung nach ihrem Artikel 66 Abs. 3 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Kroatien am 5. November 1997
nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 5. November 1997 abgegebenen Erklärung, wonach Kroatien die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention – letztere unter der Bedingung der Gegenseitigkeit –

mit Wirkung vom 5. November 1997

anerkennt; diese Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zu der genannten Konvention.

Kroatien hat dem Generalsekretariat des Europarats ferner den nachstehenden Vorbehalt notifiziert:

(Übersetzung)

„In accordance with Article 64 of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, the Republic of Croatia does hereby make the following reservation in respect of the right to a public hearing as guaranteed by Article 6, paragraph 1, of the Convention:

The Republic of Croatia cannot guarantee the right to a public hearing before the Administrative Court in cases in which it decides on the legality of individual acts of administrative authorities. In such cases the Administrative Court in principle decides in closed session.

The relevant provision of the Croatian law referred to above is Article 34, paragraph 1, of the Law on Administrative Disputes, which reads as follows: 'In administrative disputes the Administrative Court decides in closed session.'"

„Nach Artikel 64 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten bringt die Republik Kroatien hiermit den folgenden Vorbehalt zu dem in Artikel 6 Absatz 1 der Konvention garantierten Recht auf eine öffentliche Anhörung an:

Die Republik Kroatien kann das Recht auf eine öffentliche Anhörung vor dem Verwaltungsgericht in den Fällen nicht garantieren, in denen über die Rechtmäßigkeit einzelner Handlungen von Verwaltungsbehörden entschieden wird. In diesen Fällen entscheidet das Verwaltungsgericht grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung.

Die einschlägige Bestimmung des kroatischen Rechts, auf die oben Bezug genommen wurde, ist Artikel 34 Absatz 1 des Gesetzes über Verwaltungsstreitverfahren, der folgendermaßen lautet: ‚In Verwaltungsstreitverfahren entscheidet das Verwaltungsgericht in nichtöffentlicher Sitzung.‘“

Lettland am 27. Juni 1997
 nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 27. Juni 1997 abgegebenen Erklärung, wonach Lettland die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention – letztere unter der Bedingung der Gegenseitigkeit –

mit Wirkung vom 27. Juni 1997
 für drei Jahre

anerkennt; diese Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zu der genannten Konvention.

Moldau, Republik am 12. September 1997
 nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 12. September 1997 abgegebenen Erklärung, wonach die Republik Moldau die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention – letztere unter der Bedingung der Gegenseitigkeit –

mit Wirkung vom 12. September 1997

anerkennt; diese Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zu der genannten Konvention.

Die Republik Moldau hat dem Generalsekretariat des Europarats ferner die nachstehenden Vorbehalte und Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>«1. La République de Moldova déclare qu'elle ne pourra pas assurer le respect des dispositions de la Convention pour les omissions et les actes commis par les organes de la république auto-proclamée transnistrienne sur le territoire contrôlé effectivement par ses organes, jusqu'à la solution définitive du conflit dans la région.</p> <p>2. Conformément à l'article 64 de la Convention, la République de Moldova formule une réserve à l'article 4 ayant pour effet de protéger la possibilité de l'application de la peine pénale sous la forme de travail correctionnel sans privation de liberté, tel que prévu à l'article 27 du Code pénal, ainsi que de la peine administrative sous la forme de travail correctionnel, tel que prévu à l'article 30 du Code des contraventions administratives. La réserve aura des effets pendant une année à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention pour la République de Moldova.</p> <p>3. Conformément à l'article 64 de la Convention, la République de Moldova formule une réserve à l'article 5, paragraphe 3, ayant pour effet de prolonger la délivrance du mandat d'arrêt par le procureur comme le prévoient l'article 25 de la Constitution de la République de Moldova, l'article 78 du Code de procédure pénale et l'article 25 de la Loi sur la Prokuratura de la République de Moldova n° 902-XII du 29 janvier 1992. La réserve produira ses effets pendant six mois après l'entrée en vigueur de la Convention pour la République de Moldova.</p> <p>4. Conformément à l'article 64 de la Convention, la République de Moldova</p> | <p>„1. Die Republik Moldau erklärt, daß sie, was die Unterlassungen und Handlungen der Organe der selbstproklamierten Republik Transnistrien in dem von deren Organen tatsächlich kontrollierten Hoheitsgebiet angeht, die Einhaltung der Konvention nicht gewährleisten kann, bis der Konflikt in der Region endgültig gelöst ist.</p> <p>2. Nach Artikel 64 der Konvention macht die Republik Moldau einen Vorbehalt zu Artikel 4 dahin gehend, daß die Möglichkeit gewahrt bleibt, die in Artikel 27 des Strafgesetzbuchs vorgesehene strafrechtliche Strafe in Form von ‚Korrektivarbeit‘ ohne Freiheitsentziehung sowie die in Artikel 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vorgesehene Ordnungsstrafe in Form von ‚Korrektivarbeit‘ anzuwenden. Der Vorbehalt ist vom Tag des Inkrafttretens der Konvention für die Republik Moldau an ein Jahr lang wirksam.</p> <p>3. Nach Artikel 64 der Konvention macht die Republik Moldau einen Vorbehalt zu Artikel 5 Absatz 3 dahin gehend, daß der Haftbefehl weiterhin vom Staatsanwalt erlassen wird, wie es in Artikel 25 der Verfassung der Republik Moldau, in Artikel 78 der Strafprozeßordnung und in Artikel 25 des Gesetzes Nr. 902-XII vom 29. Januar 1992 über die Staatsanwaltschaft der Republik Moldau vorgesehen ist. Der Vorbehalt ist nach dem Inkrafttreten der Konvention für die Republik Moldau sechs Monate lang wirksam.</p> <p>4. Nach Artikel 64 der Konvention macht die Republik Moldau einen Vorbehalt</p> |
|---|---|

formule une réserve à l'article 5 ayant pour effet de maintenir la possibilité d'application des sanctions disciplinaires aux militaires sous la forme d'arrestation par les commandants supérieurs, tel que prévu aux articles 46, 51-55, 57-61 et 63-66 du Règlement disciplinaire des Forces Armées, adopté par la Loi n° 776-XIII, du 13 mars 1996.

5. La République de Moldova interprète les dispositions comprises dans la deuxième phrase de l'article 2 du premier Protocole additionnel de manière à ne pas imposer à l'Etat des obligations financières supplémentaires visant les établissements scolaires d'orientation philosophique ou religieuse, autres que celles prévues par la législation interne.»

zu Artikel 5 dahin gehend, daß die Möglichkeit gewahrt wird, Disziplinarstrafen gegen Angehörige der Streitkräfte in Form der Festnahme durch militärische Vorgesetzte anzuwenden, wie es in Artikel 46, 51-55, 57-61 und 63-66 der durch das Gesetz Nr. 776-XIII vom 13. März 1996 beschlossenen Disziplinarordnung der Streitkräfte vorgesehen ist.

5. Die Republik Moldau legt die in Artikel 2 Satz 2 des Zusatzprotokolls enthaltenen Bestimmungen dahin gehend aus, daß dem Staat hinsichtlich der Schulen mit weltanschaulicher oder religiöser Ausrichtung keine finanziellen Verpflichtungen auferlegt werden, die über die in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen hinausgehen.“

Ukraine

am 11. September 1997

nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. September 1997 angebrachten Erklärung, wonach die Ukraine die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention

mit Wirkung vom 11. September 1997

anerkennt; diese Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zu der genannten Konvention.

Die Ukraine hat dem Generalsekretariat des Europarats ferner die nachstehenden Vorbehalte und Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

“The provisions of Article 5, paragraph 1, of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of 1950 shall apply in the part that does not contradict paragraph 13 of Chapter XV of the Transitional Provisions of the Constitution of Ukraine and Articles 106 and 157 of the Criminal Procedure Code of Ukraine concerning the detention of a person and the arrest warrant issued by the public prosecutor.

Such reservations will be in force until the appropriate amendments to the Criminal Procedure Code of Ukraine have been made or until the adoption of the new Criminal Procedure Code of Ukraine, but not later than 28 July 2001.

The provisions of Article 5, paragraph 3, of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of 1950 shall apply in the part that does not contradict paragraphs 50, 51, 52 and 53 of the Interim Disciplinary Statute of the Armed Forces of Ukraine approved by the Decree No 431 of the President of Ukraine dated 7 October 1993, concerning the imposition of arrest as a disciplinary sanction.

Ukraine fully recognises on its territory the validity of Article 6, paragraph 3.d, of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of 1950 in regard to the defendant's right to obtain the attendance and examination of witnesses (Articles 263 and 303 of the

„Artikel 5 Absatz 1 der Konvention von 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten findet insoweit Anwendung, als er nicht im Widerspruch zu Kapitel XV („Übergangsbestimmungen“) Absatz 13 der Verfassung der Ukraine“) und den Artikeln 106 und 157 der Strafprozeßordnung der Ukraine über die Inhaftnahme einer Person und den vom Staatsanwalt erlassenen Haftbefehl steht.

Diese Vorbehalte gelten, bis die entsprechenden Änderungen der Strafprozeßordnung der Ukraine vorgenommen worden sind oder eine neue Strafprozeßordnung der Ukraine angenommen worden ist, längstens jedoch bis zum 28. Juli 2001.

Artikel 5 Absatz 3 der Konvention von 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gilt insoweit, als er nicht im Widerspruch zu den Absätzen 50, 51, 52 und 53 der durch das Dekret Nr. 431 des Präsidenten der Ukraine vom 7. Oktober 1993 genehmigten vorläufigen Disziplinarvorschriften der Streitkräfte der Ukraine über die Verhängung von Haft als Disziplinarmaßnahme steht.

Die Ukraine erkennt in ihrem Hoheitsgebiet voll und ganz die Gültigkeit des Artikels 6 Absatz 3 Buchstabe d der Konvention von 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinsichtlich des Rechts des Angeschuldigten an, das Erscheinen und die Vernehmung von Zeugen

Criminal Procedure Code of Ukraine) and as regards the rights of the suspect and persons charged in pre-trial proceedings to submit petitions for the attendance and examination of witnesses and the confrontation with them in accordance with Articles 43, 43'), and 142 of the above-mentioned Code.

The provisions of Article 8 of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of 1950 shall apply in the part that does not contradict paragraph 13 of the Chapter XV 'Transitional Provisions' of the Constitution of Ukraine and Articles 177 and 190 of the Criminal Procedure Code of Ukraine concerning warrant for arrest and search warrants issued by the public prosecutor.

Such reservations will be in force until the appropriate amendments to the Criminal Procedure Code of Ukraine have been made or until the adoption of the new Criminal Procedure Code of Ukraine, but not later than 28 July 2001."

zu erwirken (Artikel 263 und 303 der Strafprozeßordnung der Ukraine), sowie hinsichtlich der Rechte des Tatverdächtigen und der in einem Vorverfahren Beschuldigten, nach den Artikeln 43, 43') und 142 der Strafprozeßordnung einen Antrag auf Erscheinen, Vernehmung und Gegenüberstellung von Zeugen einzureichen.

Artikel 8 der Konvention von 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gilt insoweit, als er nicht im Widerspruch zu Kapitel XV ('Übergangsbestimmungen') Absatz 13 der Verfassung der Ukraine und den Artikeln 177 und 190 der Strafprozeßordnung der Ukraine über die vom Staatsanwalt erlassenen Haft- und Durchsuchungsbefehle steht.

Diese Vorbehalte gelten, bis die entsprechenden Änderungen in der Strafprozeßordnung der Ukraine vorgenommen worden sind oder eine neue Strafprozeßordnung der Ukraine angenommen worden ist, längstens jedoch bis zum 28. Juli 2001."

*) Anm. d. Übers.:

Aus dem englischen Wortlaut ist nicht eindeutig ersichtlich, ob es sich um Kapitel XV der ukrainischen Verfassung oder der Übergangsbestimmungen handelt. Die Zitierweise unter Nummer 5 erscheint jedoch zutreffender.

II.

Das Zusatzprotokoll vom 20. März 1952 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1956 II S. 1879) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 1 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Kroatien	am	5. November 1997
Lettland	am	27. Juni 1997
Ukraine	am	11. September 1997

III.

Das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1968 II S. 422) ist nach seinem Artikel 7 Abs. 1 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Kroatien	am	5. November 1997
Lettland	am	27. Juni 1997
Ukraine	am	11. September 1997

IV.

Das Protokoll Nr. 6 vom 28. April 1983 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 1988 II S. 662) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für

Kroatien	am	1. Dezember 1997
----------	----	------------------

in Kraft getreten.

V.

Griechenland hat mit Erklärungen vom 29. September 1997 die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 der Konvention mit Wirkung vom 20. November 1997 für weitere drei Jahre sowie die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach Artikel 46 der Konvention mit Wirkung vom 24. Juni 1997 für weitere drei Jahre anerkannt.

Liechtenstein hat mit Erklärungen vom 14. August 1997 die Zuständigkeit der Europäischen Konvention für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach

Artikel 46 der Konvention – letztere unter der Bedingung der Gegenseitigkeit – mit Wirkung vom 8. September 1997 für weitere drei Jahre anerkannt.

Österreich hat mit Erklärungen vom 19. August 1997 die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der Konvention mit Wirkung vom 3. September 1997 bis zum Inkrafttreten des Protokolls Nr. 11 vom 11. Mai 1994 zu der Konvention anerkannt; diese Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zu der genannten Konvention.

Die Türkei hat mit einer Erklärung vom 21. Januar 1998 die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der Konvention mit Wirkung vom 31. Januar 1998 bis zum Inkrafttreten des Protokolls Nr. 11 vom 11. Mai 1994 zu der Konvention anerkannt.

Zypern hat mit einer Erklärung vom 29. Dezember 1997 die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 der Konvention mit Wirkung vom 1. Januar 1998 bis zum Inkrafttreten des Protokolls Nr. 11 vom 11. Mai 1994 zu der Konvention, und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der Konvention mit Wirkung vom 24. Januar 1998 bis zum Inkrafttreten des Protokolls Nr. 11 vom 11. Mai 1994 zu der Konvention anerkannt; diese Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 zu der genannten Konvention.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. August 1997 (BGBl. II S. 1738).

Bonn, den 30. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Karibischen Entwicklungsbank**

Vom 30. März 1998

Das Übereinkommen vom 18. Oktober 1969 zur Errichtung der Karibischen Entwicklungsbank (BGBl. 1989 II S. 298) ist nach seinem Artikel 63 Abs. 2 für

China am 20. Januar 1998
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. April 1995 (BGBl. II S. 377).

Bonn, den 30. März 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-südafrikanischen Investitionsförderungsvertrags**

Vom 6. April 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1997 zu dem Vertrag vom 11. September 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1997 II S. 2098) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag

am 10. April 1998

in Kraft treten werden.

Die Ratifikationsurkunden sind in Kapstadt am 10. März 1998 ausgetauscht worden.

Bonn, den 6. April 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris**

Vom 6. April 1998

Das Internationale Übereinkommen vom 25. Januar 1924 zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris (RGBl. 1928 II S. 317; BGBl. 1974 II S. 676) ist nach seinem Artikel 6 für

Nepal

am 12. März 1998

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Januar 1998 (BGBl. II S. 234).

Bonn, den 6. April 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zollltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlagebände: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Preis des Anlagebandes (ECE-Regelung Nr. 57): 10,40 DM (8,40 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,50 DM.

Preis des Anlagebandes (ECE-Regelung Nr. 75): 10,40 DM (8,40 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

† Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen
des Europarates sowie des Zusatzprotokolls hierzu**

Vom 6. April 1998

Das Allgemeine Abkommen vom 2. September 1949 über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und das Zusatzprotokoll vom 6. November 1952 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (BGBl. 1954 II S. 493, 501; 1957 II S. 261) sind nach Artikel 7 Buchstabe d des Zusatzprotokolls für

Lettland am 15. Januar 1998
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Februar 1998 (BGBl. II S. 300).

Bonn, den 6. April 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger